V2 Rettet den Ausbau der Erneuerbaren in Hagen!

| | |
|---|---|
| Gremium: | Kreisvorstand |
| Beschlussdatum: | 13.03.2026 |
| Tagesordnungspunkt: | 13. Verschiedenes |

## Antragstext

Der Kreisverband Hagen beschließt folgende Stellungnahme:

Rettet den Ausbau der Erneuerbaren in Hagen!

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Wir danken allen Menschen, Unternehmen und Initiativen in unserer Region, die bereits in Wind- und Solarenergie, Biogas und Speicher investieren. Diese Investitionen sichern Arbeitsplätze, schaffen lokale Wertschöpfung und vermeiden teure sowie geopolitisch unsichere Importe von fossilem Gas und Öl. Die Steuereinnahmen stärken die kommunalen Haushalte, und die Bevölkerung profitiert von günstigem Strom – unabhängig von den extrem schwankenden Weltmarktpreisen und politischen Krisen.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist dabei der entscheidende Garant für Planungs- und Investitionssicherheit. Doch diese Erfolgsgeschichte ist nun in Gefahr: Die schwarz-rote Bundesregierung plant eine Reihe von Gesetzen, die den Ausbau erneuerbarer Energien auch in Hagen ausbremsen könnten.

Solaranlagen auf Dächern sollen demnach keine Einspeisevergütung mehr erhalten. Ohne diese Förderung werden viele Anlagen – von Kleinstanlagen abgesehen – unwirtschaftlich. Für kleinere Solaranlagen gibt es derzeit keine attraktiven Alternativen zur Vermarktung des Stroms. Die Folge: Viele Dächer in Hagen könnten leer bleiben. Das würde nicht nur die Energiewende verlangsamen, sondern auch lokale Handwerksbetriebe treffen, die sich auf die Installation von Solarmodulen spezialisiert haben.

In Hagen lebt ein besonders hoher Anteil der Bevölkerung in Mietwohnungen. Wenn teures und knappes Biogas künftig auch in neu eingebauten Gasheizungen verbrannt wird, droht den Haushalten in Mietwohnungen eine Gaskostenfalle.

Die geplanten Änderungen am Gebäudeenergiegesetz gefährden zudem die Grundlagen der kommunalen Wärme- und Klimaplanung. In diese Pläne sind bereits erhebliche Mittel und Fachwissen geflossen. Eine nachträgliche Anpassung würde nicht nur Verzögerungen, sondern auch zusätzliche Kosten für die Stadt Hagen bedeuten.

Die aktuelle geopolitische Lage seit dem Beginn des Iran-Kriegs zeigt: Die Energiewende ist weit mehr als eine ökologische Aufgabe. Sie ist eine Voraussetzung für lokale Sicherheit und Energiesouveränität, entlastet die Haushaltsbudgets der Bevölkerung und stärkt die regionale Wirtschaft. Gerade in Zeiten internationaler Krisen wird deutlich, wie wichtig Unabhängigkeit von fossilen Energien ist.

Auch in Hagen gibt es bereits erfolgreiche Beispiele: Bürgerenergiegenossenschaften und kommunale Bauprojekte städtischer

Tochterunternehmen stärken die Energieversorgung und leisten einen wichtigen Beitrag zu mehr grünem und günstigem Strom.

Mit einem Rekordanteil von 60 Prozent erneuerbarem Strom im deutschen Netz sind wir auf dem Weg zu einer vollständigen Versorgung aus Erneuerbaren. Doch bisher stammen nur 24 Prozent unseres gesamten Energieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen. 76 Prozent der Energiewende-Chancen liegen also noch vor uns – und damit auch viele Möglichkeiten für Investitionen und Arbeitsplätze im Handwerk, in der Industrie und im Dienstleistungssektor.

Die von Bundeswirtschaftsministerin Katharina Reiche (CDU) geplanten Verschlechterungen der politischen Rahmenbedingungen würden auch Hagen hart treffen. Bereits jetzt ist der Ausbau von Solaranlagen bundesweit spürbar zurückgegangen. Die Ausbauziele für die kommenden Jahre drohen verfehlt zu werden – obwohl der Ausbau erneuerbarer Energien in den letzten Jahren die einzige Stütze für die Einhaltung der Klimaziele war.

Für die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen steht viel auf dem Spiel. Noch 2025 entfiel etwa die Hälfte des Zubaus an Solarenergie auf Dach- und Freiflächenanlagen. Doch die geplante Politik der Bundesregierung könnte Unternehmen, Stadtwerke und Bürgerenergiegenossenschaften in ihren Investitionsplänen ausbremsen. Wenn die Planungs- und Investitionssicherheit schwindet, verfehlen wir nicht nur die Klimaziele, sondern verlieren auch die Chance auf kommunale Wertschöpfung.

Das betrifft besonders Handwerksbetriebe, Installationsfirmen, die Solar- und Windindustrie sowie landwirtschaftliche Betriebe, die sich durch Bioenergie ein zweites wirtschaftliches Standbein aufbauen wollen.

Wir GRÜNE wollen, dass die Energiewende ein demokratisches Mitmach-Projekt bleibt – und nicht zu einem Spielfeld für Konzerne und Großinvestoren wird.

Daher setzen wir uns als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Hagen weiterhin für einen beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien ein. Wir werden uns im Stadtrat dafür starkmachen, dass Hagen nicht beim Ausbau der kommunalen Nutzung erneuerbarer Energien ausgebremst wird – denn das stünde im direkten Widerspruch zu unseren kommunalen Interessen.

## Begründung

Im Sommer sollen vier Gesetze der Bundesregierung dem Klimaschutz in Deutschland empfindlichen Schaden zufügen:

1. Das verschlechterte Erneuerbaren-Energien-Gesetz inkl. der Abschaffung der Einspeisevergütung für Aufdach-Solaranlagen in Bürgerhand.

2. Das Netzpaket inkl. einer Verunsicherung von künftigen Investitionen in Solar- und Windanlagen durch einen sogenannten Redispatch-Vorbehalt, der Investor*innen im Unklaren lässt, ob sie produzierten grünen Strom jemals vergütet bekommen.

3. Das sogenannte Gebäudemodernisierungsgesetz, das wertvolles und teures Biogas künftig in neuen Gasheizungen verbrennen lassen will – zum Schaden von Klima und Geldbeutel aller, die zur Miete wohnen.

4. Das Bundesbedarfsplangesetz, das die Pläne zum Bau von Stromleitungen beschneiden soll.

Gegen diesen Abgesang an die Klimaziele wendet sich die Kampagne „Rettet die Erneuerbaren Energien!“ unseres Bundesverbandes. Die Kampagne läuft derzeit auf Hochtouren, eine entsprechende Petition wurde bereits von über 200.000 Menschen unterzeichnet. Weitere Aktionen sind geplant.

Auch als Kreisverband Hagen wollen wir ein Zeichen setzen und uns mit dieser Stellungnahme klar positionieren. Sie soll an die Presse versendet und über unsere eigenen Kanäle (Homepage, Social Media) veröffentlicht werden.